

07.05.2026

Henning Höne im Interview mit dem Focus: Eine liberale Partei muss Lösungen anbieten

Henning Höne MdL, Landes- und Fraktionschef der Freien Demokraten in NRW und stv. Bundesvorsitzender der Freien Demokraten, gab dem "Focus" das nachstehende Interview. Die Fragen stellte Leon Werner.

Herr Höne, was wäre in der FDP unter Ihnen nach 100 Tagen sichtbar anders als unter Christian Dürr?

Die FDP bekommt eine Kommunikationsstrategie, die immer optimistisch und lösungsorientiert unsere Inhalte anhand lebenspraktischer Beispiele, etwa dem Aufstiegsversprechen, erzählt. Wir müssen uns kommunikativ neu erfinden. Der Auftritt der Freien Demokraten ist der einer anpackenden Zukunftspartei, die en vogue kommuniziert. Ich will, dass wir uns die Vorreiterrolle zurückholen, die wir einmal in den sozialen Medien und in der politischen Kommunikation hatten. Da müssen wir alle besser werden. Ich akzeptiere nicht, dass Rechts- und Linksaußen das unter sich ausmachen. Wir müssen uns weniger im Alltag verlieren und stärker auf die großen liberalen Linien setzen: marktwirtschaftliche Reformen, starke Bürgerrechte, Erneuerung des Aufstiegsversprechens.

Die Bundesregierung liefert der FDP fast täglich Vorlagen. Wie verhindern Sie, dass die Partei wieder nur reagiert?

Natürlich müssen wir die Tagespolitik konstruktiv-kritisch begleiten. Aber wir sind im Moment außerparlamentarisch. Ohne Bundestagsfraktion sind wir in Gesetzgebungsverfahren und vielen Details schlicht nicht gefragt. Deshalb sollten wir uns nicht müde strampeln, sondern verstärkt auf eigene Inhalte setzen. Die Bundesregierung macht keinen guten Job – das wissen die Menschen im Moment auch ohne

uns. Damit sie wieder FDP wählen, braucht es konkrete Vorschläge.

Haben Sie ein Beispiel?

Nehmen Sie das Gesundheitssystem. Diese Woche wird die Gesundheitsreform als Sparpaket verkauft. In Wahrheit sind es Leistungskürzungen und Einnahmeerhöhungen. Gespart wird da nicht. Das System muss bei sich selbst anfangen. Wir haben mehr als 90 gesetzliche Krankenkassen mit viel zu wenig Wettbewerb. Zehn Kassen tun es auch. Wir sollten uns zudem bei einem neuen Basistarif, den Menschen erhalten, die noch nie oder lange nicht mehr eingezahlt haben, auf das medizinisch Notwendige konzentrieren.

Wolfgang Kubicki hat Kanzler Friedrich Merz einen „Eierarsch“ genannt. Wie würden Sie den Bundeskanzler nennen?

Ich würde Friedrich Merz mit „Herr Bundeskanzler“ ansprechen – ihm zu weniger Weinerlichkeit raten und ihn an dem messen, was er vor der Wahl versprochen hat. Bei Friedrich Merz ist nur eines verlässlich: der Wortbruch. Er hat einen marktwirtschaftlichen Wahlkampf gemacht und macht jetzt sozialdemokratische Politik. Ich halte ihn für einen schlechten Kanzler.

Ihr frisch gewählter Vize Alexander Steffen schrieb auf X, in Deutschland gebe es keine Armut, sondern nur Faulheit. Stimmen Sie ihm zu?

Nein.

Braucht die FDP solche Zuspitzungen, um aufzufallen?

Politik braucht Zuspitzung, definitiv. Aber nicht um der Zuspitzung willen, sondern um der Sache willen. Und zur Sache gehört: Niemand muss dank unseres Sozialsystems hungern, und jeder kann ein Dach über dem Kopf bekommen. Trotzdem gibt es zahlreiche Menschen, die von Armut betroffen sind – materiell, aber zum Beispiel auch von Bildungsarmut. Liberale wollen Armut immer bekämpfen, indem wir den Einzelnen stärken.

Trotzdem gilt die FDP vielen als Partei der Reichen. Wie planen Sie, diesem Image entgegenzutreten?

Liberaler Politik ist etwas für alle Menschen in diesem Land – vor allem für alle Leistungsbereiten. Die, die schon viel haben, brauchen uns dafür nicht. Die FDP brauchen alle, die für sich, ihre Familie und ihr Umfeld etwas aufbauen wollen. Die anderen Parteien sagen: Wenn Probleme auftauchen, lösen wir das für dich. Die FDP sagt: Wir glauben an dich. Wir müssen die Partei sein, die den Menschen in diesem Land am meisten zutraut.

Das haben FDP-Vorsitzende vor Ihnen ähnlich gesagt. Warum sollte es diesmal funktionieren?

Wir sind nicht am Liberalismus gescheitert. Unsere Inhalte bleiben größtenteils richtig. Wir sind daran gescheitert, dass wir uns im Stil, im Auftreten zu weit von uns und unserem Leitbild entfernt haben. Wir haben uns in einer Koalition zerreiben lassen. Und wir haben uns im Wahlkampf zu sehr an anderen Parteien orientiert. Auch jetzt dürfen Beleidigungen gegenüber politischen Mitbewerbern nicht unseren Kurs bestimmen. Das Comeback der FDP hat viel damit zu tun, dass wir uns auf unsere Stärken zurückbesinnen. Diese Stärken müssen wir nicht neu erfinden. Aber die FDP braucht einen Vorsitzenden, der sich an diese Stärken hält.

In der FDP wird bis heute über die Abstimmung zum Zustrombegrenzungsgesetz gestritten. Wie hätten Sie abgestimmt?

Ich hätte einen eigenen Vorschlag unterbreitet, zur Abstimmung gestellt und nur dem zugestimmt. Drei Wochen vor der Bundestagswahl nicht geschlossen abzustimmen, war nicht hilfreich. Aber wer die Niederlage der FDP allein daran festmacht, verkürzt gefährlich. Wir lagen schon ein Dreivierteljahr vorher in bundesweiten Umfragen unter fünf Prozent. Der stärkste Moment der FDP in jener Woche war der Versuch, eine Rücküberweisung in den Ausschuss zu erreichen und eine sachliche Lösung herbeizuführen.

Welche Rolle würde Migration unter Ihnen als Vorsitzendem spielen?

Eine wichtige. In Nordrhein-Westfalen habe ich smarte Integration zu einem Schwerpunkt gemacht. Eine liberale Partei muss Probleme klar benennen, Lösungen anbieten und dabei keine plumpen Antworten geben, die Ressentiments bedienen. Migration bewegt viele Menschen und strahlt in viele Politikbereiche aus: Bildung, Arbeitsmarkt, Sozialsysteme, Innenpolitik, Kriminalität. Seit über zehn Jahren reden wir darüber, aber viele Bürger haben nicht das Gefühl, dass die Parteien der Mitte konkrete Lösungen auf den Weg bringen.

Christian Dürr sagte oft: „Es soll leichter sein, nach Deutschland zu kommen, um zu arbeiten, als nach Deutschland zu kommen, um nicht zu arbeiten.“ Was ist Ihr Satz?

Ich halte diesen Satz für richtig. In vielen Bereichen brauchen wir keine Debatte über immer schärfere Forderungen, sondern vor allem Konsequenz. Dublin-Rücknahmeverfahren, vollziehbar Ausreisepflichtige, schnellere Entscheidungen – da würde mehr Konsequenz schon sehr helfen. Bei qualifizierten Fachkräften sollten wir dagegen viel unbürokratischer werden. Wer einen Arbeitsvertrag hat und davon leben kann, soll hierherkommen dürfen. Dafür braucht es keinen Behördenstempel. Das können zwei erwachsene Vertragspartner selbst entscheiden.

Sie treten gegen Wolfgang Kubicki an. Er hat bereits skizziert, wie sein Team aussehen soll. Wen wollen Sie in Ihrem Team?

Ich freue mich, der FDP mit Alena Trauschel eine engagierte und dynamische Generalsekretärin vorzuschlagen. Sie bringt viel Parteierfahrung mit, war bereits Abgeordnete, ist kommunalpolitisch verankert und ein junges, neues Gesicht. Außerdem freue ich mich, dass Susanne Seehofer und Svenja Hahn erneut für das Präsidium kandidieren wollen. Als neues Gesicht kandidiert auch Kerry Hoppe aus Bayern für den Bundesvorstand, erstmals für das Präsidium wird auch Benjamin Strasser aus Baden-Württemberg kandidieren. Auch über die Kandidatur von Maren Jasper-Winter freue ich mich sehr. Zudem werde ich Bijan Djir-Sarai wieder für den Bundesvorstand vorschlagen.

Das sind viele junge, bundesweit eher unbekannt Namen. Kubickis größter Vorteil ist seine Bekanntheit. Wie gleichen Sie das aus?

Die FDP steckt in einer Vertrauenskrise, nicht in einer Bekanntheitskrise. Neues Ver-

trauen braucht neue Gesichter. Natürlich ist Bekanntheit ein Aspekt, an dem ich arbeite. Aber zu glauben, dass es ausschließlich auf Bekanntheit ankomme, greift zu kurz. Dann hätten wir bei der letzten Bundestagswahl besser abschneiden müssen. Denn an Bekanntheit mangelt es weder Christian Lindner noch Wolfgang Kubicki. Beide waren auf den letzten Plakaten zu sehen.

Welche Rolle hätte Kubicki in Ihrer FDP?

Die Partei steckt in einer schweren, existenzbedrohenden Krise. Wir brauchen alle Mann und alle Frauen an Deck. Ich wünsche mir, dass Wolfgang Kubicki auch nach dem Parteitag weiter eine tragende Rolle spielt – sehr gerne im Präsidium.

Sie haben Marie-Agnes Strack-Zimmermann bei Ihrem Team eben nicht genannt. Wird sie unter Ihnen keine große Rolle mehr spielen?

Marie-Agnes Strack-Zimmermann wird so oder so eine Rolle spielen. Als Vorsitzende unserer Delegation im Europäischen Parlament gehört sie in jedem Fall dem Präsidium an. Sie steht deshalb beim Bundesparteitag gar nicht zur Wahl. Wir brauchen ihre Stärken genauso wie die von Wolfgang Kubicki.

Für Christian Dürr wurde eine Aufwandsentschädigung für den Bundesvorsitz eingeführt. Sie sitzen weiter im Landtag. Würden Sie auf dieses zusätzliche Gehalt verzichten?

Ja.

Wolfgang Kubicki sagt, wenn die FDP nach einem Jahr nicht wieder über fünf Prozent steht, würde er hinschmeißen. Würden Sie sich daran auch messen lassen?

Nein, weil ich es für falsch halte das an Umfragen festzumachen. Es zählen Wahlergebnisse. Und es zählt eine Partei, die wieder die Motivation findet, für ihre Überzeugungen zu kämpfen. Ich erlebe in den letzten Wochen eine vitalisierte Partei. Entscheidend ist, dass noch vor den Wahlen im Herbst erste Veränderungen sichtbar sind: eine neue Kommunikationsstrategie, erkennbare inhaltliche Schwerpunkte und Rückenwind für die Wahlkämpfe.

Wolfgang Kubicki hat ein Sondervermögen für die Rente ins Spiel gebracht. Sie sprechen sich dagegen aus. Was ist Ihre Alternative?

Die Aktienrente, so wie die FDP sie einmal vorgeschlagen hat. Manche in der Partei haben über Ampel-Kompromisse scheinbar unsere ursprüngliche, eigene Idee vergessen. Wir müssen auch in der gesetzlichen Rente auf die Kraft des Kapitalmarkts setzen. Es braucht keinen neuen Staatsfonds und kein Sondervermögen, sondern einen schrittweisen Übergang: Ein wachsender Anteil der individuellen Beiträge wird langfristig am Aktienmarkt angelegt. So stabilisieren wir die Rente, ohne ständig die Beiträge zu erhöhen.

Nur mehr Kapitaldeckung wird angesichts der demografischen Entwicklung auch kaum reichen.

Kapitaldeckung wäre auf jeden Fall ein notwendiger Schritt. Denn das alte Adenauer-Motto „Kinder kriegen die Leute immer“ stimmt schlicht nicht mehr. Deshalb müssen wir etwas tun. Aber natürlich wird es nicht allein reichen. Auch die betriebliche und die private Vorsorge müssen eine größere Rolle spielen. Ich halte es für unverantwortlich, wie die Riester-Rente und private Vorsorge über Jahre schlechtgeredet wurden. Viele Menschen wurden dadurch verunsichert. Ihnen wurde die Chance genommen, schon mit kleinen monatlichen Sparbeiträgen ihre Rente spürbar aufzubessern. Aktienrente in der gesetzlichen Rente, private und betriebliche Altersvorsorge – diese drei Säulen müssen jeweils gestärkt werden.

Außenpolitik ist für Sie als Landespolitiker kein klassisches Feld. Wie würde sich Ihre FDP außenpolitisch positionieren?

Wir brauchen die transatlantische Achse. Die Werte dahinter sind stärker als eine einzelne Präsidentschaft, auch wenn sie es uns gerade schwer macht. Zugleich liegt unsere Zukunft in Europa. Ein Europa, das sich nicht kaputtbürokratisiert, sondern die Kräfte von Binnenmarkt und Kapitalmarktunion nutzt, um in einem Zeitalter der Großmächte zu bestehen. Ich möchte eine Europäische Union, die Freiheiten gibt und Chancen statt Bürokratie schafft. Oder kurz: Die Europäische Union muss so bedeutend und wirtschaftlich stark werden, dass die Briten wieder Mitglied sein wollen.

Welchen thematischen Schwerpunkt wollen Sie selbst setzen?

Die Erneuerung des Aufstiegsversprechens. Das betrifft Bildung, aber auch die Frage, ob sich Leistung lohnt. Bildungserfolg hängt in Deutschland viel zu stark vom Elternhaus ab. Das ist mit einem liberalen Aufstiegsversprechen nicht vereinbar. Wir müssen Kitas und Grundschulen stärker in den Mittelpunkt rücken, digitale Bildung mutig nutzen und den föderalen Wettbewerb um das beste Bildungssystem ernst nehmen.

Sie meinen eine Art „German Dream“?

Ja. Der sieht so aus, dass nicht mehr das Elternhaus über Bildungserfolg entscheidet, sondern Fleiß, Talent und Einsatz. Und wir müssen die duale Berufsausbildung wieder stärker in den Fokus stellen. Bei Debatten über Gymnasien und Hochschulen gehen Handwerk, Mittelstand und Berufskollegs oft unter. Warum gibt es Exzellenzcluster für Hochschulen, aber keine für Berufskollegs und die Ausbildung der nächsten Generation von Handwerksmeistern und Technikern?

Von Kubicki wissen wir, warum er kandidiert: Er sagt, Merz' Satz von der toten FDP habe ihn provoziert. Was war Ihr Moment?

Ich lasse mich nicht von Friedrich Merz provozieren. Ich habe seit der Bundestagswahl den Eindruck, dass wir nicht so vorangekommen sind, wie wir uns das vorgestellt hatten. Spätestens nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz war klar: Es braucht neues Vertrauen, einen neuen Ansatz und eine FDP, die wieder erkennbar für Freiheit steht. Ich wollte aber nicht nur kritisieren, sondern dann auch Verantwortung übernehmen und ein eigenes Angebot machen. Dafür will ich alles geben.

Sie haben in die Nutzung aller Funktionen eingewilligt.

[Einwilligung widerrufen](#)